Mitglied des Stadtrats Bergisch Gladbach Die Linke
Konrad-Adenauer Platz 1 - 51465 Bergisch Gladbach
Tel.: 0172-2410212 – tomas@santillan.de - www.santillan.de

Die Linke
Tomás M. Santillán

An den
Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Marcel Kreutz
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 03.11.2026

Anfrage

Wenn Kritik aus der Niederschrift verschwindet: Struktureller und institutioneller Rassismus im ACI?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte sie meine folgende Anfrage in der nächsten Sitzung des Stadtrats zu beantworten.

Die aktuelle Niederschrift zur 5. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) vom 17.09 2026 wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der Vollständigkeit und demokratischen Verlässlichkeit der Dokumentationspraxis und Neutralität der der Verwaltung und zu institutionellen Rassismus auf.

Als ehrenamtliches Einzelratsmitglied kann ich nicht an sämtlichen Ausschusssitzungen teilnehmen. Ich bin deshalb darauf angewiesen, dass die Niederschriften eine sachlich richtige und vollständige Grundlage für meine Arbeit und Entscheidungen im Rat bilden. Schließlich werden dort Themen beraten, über die später entschieden wird und an deren Entscheidungen ich beteiligt bin.

Diese Verlässlichkeit ist bei den Niederschriften des ACI aus meiner Sicht nicht gegeben, wie nach Rücksprache mit Teilnehmer:innen an der Sitzung klar wird. Dabei geht es ausdrücklich nicht um ein Wortprotokoll. Selbstverständlich muss nicht jeder Wortbeitrag wortgetreu wiedergegeben werden. Schriftliche Tischvorlagen und Änderungsanträge, die nicht bereits mit der Sitzungseinladung veröffentlicht wurden, müssen jedoch vollständig dokumentiert oder als Anlagen beigefügt werden.

Genau das ist bei den zahlreichen Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung nicht geschehen. Dabei handelte es sich keineswegs um bloße Formalitäten, sondern um grundlegende Änderungsforderungen und eine umfassende Kritik am aus unserer Sicht antidemokratischen und diskriminierenden Geschäftsordnungsentwurf der Verwaltung. Insbesondere ging es um die Einschränkung demokratischer Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der migrantischer Vertreter:innen.

Durch das Weglassen dieser Anträge im Original entsteht der falsche Eindruck, als habe es lediglich einige formale Änderungswünsche gegeben. Die tatsächliche politische Auseinandersetzung und die grundsätzliche Kritik werden damit aus der offiziellen Dokumentation verdrängt. Das ist keine neutrale Zusammenfassung, sondern eine inhaltliche

Verzerrung des tatsächlichen Beratungsverlaufs, die im Interesse der Verwaltung und der Mehrheit des Ausschusses so verfasst und manipuliert wurde, um die kritische migrantische Stimmen im ACI und die Opposition so auszublenden, als würde es diese nicht geben. Es soll der Eindruck, dass eigentlich „alle“ mit der Geschäftsordnung einverstanden wären. Dem ist aber eindeutig nicht so.

Besonders problematisch ist dies im Hinblick auf strukturellen und institutionellen Rassismus. Wenn migrantische Vertreter:innen zwar formal beteiligt werden, ihre kritischen Positionen und grundlegenden Änderungsforderungen aber wiederholt nicht angemessen dokumentiert werden, wird ihre politische Teilhabe faktisch entwertet. Die Frage, ob hier institutionelle Benachteiligungsmuster wirken, muss deshalb ausdrücklich gestellt werden.

Die Parallele zu George Orwells 1984 und dem dort beschriebenen Wahrheitsministerium ist erschreckend: Die Vergangenheit wird so umgeschrieben, dass unbequeme Tatsachen aus der offiziellen Darstellung verschwinden. Was nicht dokumentiert wird, scheint niemals stattgefunden zu haben. Eine kommunale Verwaltung darf jedoch nicht darüber entscheiden, welche Teile eines demokratischen Diskurses später noch als stattgefunden gelten.

In der Niederschrift werden sieben Änderungsanträge zur Geschäftsordnung aufgeführt.

- Die Abstimmungsergebnisse und die jeweiligen Antragsthemen sind dokumentiert.
- Der vollständige Wortlaut der sieben Änderungsanträge, die als Tischvorlage vorlagen, fehlt jedoch.
- Auch die vollständigen schriftlichen Begründungen der Antragsteller:innen sind nicht beigefügt.
- Damit lässt sich anhand der Niederschrift nicht nachvollziehen, welche konkreten Formulierungen und Argumente dem Ausschuss zur Entscheidung vorlagen.

Beschlossene Geschäftsordnung fehlt als Anlage

- In der Niederschrift wird auf eine als Anlage beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung Bezug genommen.
- Diese endgültig beschlossene Fassung ist im Anlagenverzeichnis der vorliegenden Niederschrift nicht aufgeführt.
- Dadurch ist die konkrete beschlossene Regelung nicht unmittelbar Bestandteil der veröffentlichten Sitzungsdokumentation.

Fehlende Anfrage der LIL zu Kürzungen bei Sprach- und Integrationskursen

- Auch eine angekündigte schriftliche Beantwortung ist nicht als Anlage dokumentiert und liegt de, Ausschuss bis heute nicht vor.

Unausgewogene Dokumentation der Beratungen

- Bei Ö8 werden die Abstimmungsergebnisse und die Positionen der Verwaltung ausführlich wiedergegeben.
- Die vollständigen schriftlichen Positionen der Antragsteller:innen fehlen dagegen.
- Dadurch entsteht eine unvollständige Dokumentation der politischen Beratung: Die Entscheidungen sind nachvollziehbar, die konkreten Gegenpositionen und deren

Begründungen jedoch nicht. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass die Niederschrift bewusst manipuliert wurde, um Einvernehmen zu simulieren, wo tatsächlich viel Kritik vorgetragen wurde.
Tatsächlich könnte hier nicht nur eine Verletzung des Neutralitätsgebots, sondern sogar Amtsmissbrauch vermutet werden, da die Niederschrift so verfasst werden, als würde es keine anderen inhaltlichen Positionen, Änderungsanträge, Aussagen und Widerspruch der migrantischen Vertreter:innen geben

Die Niederschrift dokumentiert zwar die Bezeichnungen und Abstimmungsergebnisse der sieben Änderungsanträge zur Geschäftsordnung, enthält aber weder deren vollständigen Wortlaut noch ihre vollständigen Begründungen. Damit werden die Abstimmungen dokumentiert, nicht jedoch die schriftlichen Positionen, über die der Ausschuss tatsächlich beraten und entschieden hat. Die endgültig beschlossene Geschäftsordnung fehlt ebenfalls als Anlage. Ich bitte daher um Auskunft, weshalb diese entscheidungsrelevanten Dokumente nicht Bestandteil der veröffentlichten Niederschrift sind und wo sie vollständig eingesehen werden können.

Meine Fragen an den Bürgermeister

1. **Dokumentationspraxis:** Wer ist für die Erstellung und Freigabe der ACI-Niederschriften verantwortlich, und weshalb wurden die zahlreichen schriftlichen Änderungsanträge zur Geschäftsordnung weder vollständig aufgeführt noch als Anlagen beigefügt?

2. **Minderheitenrechte und institutioneller Rassismus:** Wie wird sichergestellt, dass kritische Positionen und Änderungsanträge migrantischer Vertreter:innen und Minderheiten gleichberechtigt dokumentiert werden und nicht nur die der Verwaltung und Mehrheit? Wurde geprüft, ob die wiederholte unvollständige oder einseitige Wiedergabe ihrer Positionen auf strukturellen und institutionellen Rassismus hinweist?

3. **Konsequenzen:** Wird der Bürgermeister die Niederschrift korrigieren, sämtliche fehlenden Änderungsanträge aufnehmen beziehungsweise als Anlagen beifügen und verbindliche Standards für eine vollständige und politisch unabhängige Dokumentation schaffen?

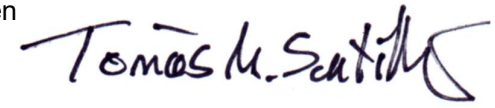
Schlussbemerkung

Demokratische Beteiligung darf nicht auf die bloße Anwesenheit in Ausschusssitzungen reduziert werden. Wer Kritik äußern und Änderungsanträge einreichen darf, dessen Beiträge aber anschließend aus der offiziellen Dokumentation verschwinden, erfährt eine faktische Entwertung seiner politischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Ein Sitz der direktgewählten Migrant:innen am Beratungstisch ist noch keine gleichberechtigte politische Teilhabe.

Wenn insbesondere migrantische Interessenvertretungen von einer solchen Praxis betroffen sind, muss die Frage nach strukturellem und institutionellem Rassismus gestellt werden. Ich erwarte eine konkrete Stellungnahme und keine ausweichenden allgemeinen Hinweise zur Protokollführung.

Die Niederschrift muss die politische Wirklichkeit dokumentieren – nicht eine nachträglich zurechtgeschriebene Version davon. Demokratie bedeutet auch, dass Minderheiten widersprechen und kritisieren können, ohne dass ihr Widerspruch anschließend aus der Geschichte des Ausschusses verschwindet.

Mit freundlichen Grüßen



Tomás M. Santillán - Mitglied im Stadtrat Bergisch Gladbach Die Linke